

Manuela Knapp
Januar 2004

II. Außergerichtliche Einigungen betr. Mobilfunksendeanlagen

Vorbach, Nordbayerischer Kurier Lokales 15.8.2002, Quelle Jürgen Seitz

Wer nicht will, muss auch nicht!

Überraschende Aussage von T-Mobile im Gemeinderat.

T-Mobile Vertreter Stefan Ulrich aus Nürnberg äußerte zum großen Erstaunen der Gemeinderatsmitglieder und über 40 Zuhörern, dass so weit es erklärter Wille der Gemeinde sei, keine Mobilfunk-Sendeanlage auf ihrem Gemeindegebiet zu wollen – T-Mobile auch keine errichten werde.

(Anmerkung: War es nicht auch T-Mobile die in München Pasing in einer Nacht und Nebelaktion den Sender auf das Hotel Seidel stellte?????)

Mai 2002/ Raum Augsburg

Ein Landwirt schreibt einen offenen Brief an die Staatsanwaltschaft Augsburg, sowie an das Bundesamt f. Strahlenschutz, Bundeskanzler Schröder, Ministerpräsidenten Stoiber und Minister Trittin.

Er zeigt einen Verstoß gegen das Tierschutzgesetz an, denn nach der Inbetriebnahme einer Sendeanlage vor 5 Jahren, beliebten die Schwalben aus (die ansonsten in seinem Stall nisteten), verändert sich drastisch das Blut- und Hormonbild der Rinder, 5 Kühe sind verendet, 4 mussten wegen akuten Bewegungsstörungen geschlachtet werden. 9 Kälbchen durch Fehlgeburt – 15 durch Verwerfungen verendet.

Antwort der Staatsanwaltschaft am 14.05.2002

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Staatsanwaltschaft Augsburg ist zur Verfolgung von Straftaten nicht aber für Mutmaßungen über die Ursachen verschiedener Erscheinungen in Natur und Umwelt zuständig.

Mit freundlichen Grüßen! Dr. Patzel Staatsanwalt als Gruppenleiter.

Der Wert eine Immobilie kann bis zu 50 % sinken – oder sogar unverkäuflich werden, wenn er im Einzugsbereich einer Mobilfunkantenne liegt. Hierfür ist der Abstand zur Antenne maßgebend. (hvMedinger@t-online.de)

Individuelle Siege:

28.06.2002	Siegburg Bauaufsicht legte mehrere Mobilfunksender still	Quelle: elektrosmognews
01.01.2004	Gute Nacht Valley! Bürger feiern das Ende des US-Radiosenders. Nach 52 Jahren erbitterten Kampf der Anwohner wurde der umstrittene Sender IBB abgeschaltet (83626 Valley in Oberbayern)	Quelle: Bürgerwelle

01.10.2003	54422 Züsich / Neuhütten Die Bürgerinitiative Senderfreies Züsich-Neuhütten erreichte, dass das Presbyterium der evangelischen Kirche ihren Vertrag mit E-Plus kündigte	Quelle: Bürgerwelle
01.11.2003	Rechtsanwalt Krahn-Zembol legte Individualbeschwerde (Nr. 32015/02) nach Art 34 E MRK beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, gegen ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts (AZ 1 BvR 943/03) ein. Der Beschwerdeführer könnte durch ärztliche Gutachten nachweisen, durch eine Mobilfunkanlage erheblich beeinträchtigt zu werden. Seine Klage wurde abgewiesen. Nun klagt er nach Art. 6 EMRK auf ein faires Verfahren und reicht nach Art. 34 EMRK die Individualbeschwerde ein.	
01.11.2003	90552 Röthenbacher Kirchturm bleibt leer. Im Glockenturm der Heilig-Kreuz-Kirche in Röthenbach/Pegnitz wird es keine UMTS-Antenne geben. Das hat der Vorstand der evangelischen Kirchengemeinde beschlossen. Ausschlaggebend waren die Ängste und Bedenken der Bevölkerung.	Quelle: Pfarrer Mathias Engelbrecht aus den Nürnberger Nachrichten
01.01.2004	85716 Unterschleißheim 1.800 Bürger unterschreiben beim Bürgerbegehren gegen einen Mobilfunkmasten	Quelle: Bürgerwelle
26.06.2002	07768 Kahla/Thüringen Anwohner stoppen die Arbeiten an einem E-plus Mast, da sie die gesundheitlichen Risiken der Strahlung befürchten. Kritisiert wurde dabei ein Verstoß des Mobilfunkanbieters. Alle Mobilfunkanbieter hätten eine Selbstverpflichtung unterschrieben in der sich E-plus, D1 sowie andere dafür ausgesprochen hätten, keine Sendemasten in der Nähe von Kindereinrichtungen aufzustellen. Gerade dies sei aber in Kahla geschehen.	Quelle: elektrosmognews aus Ostthüringer Zeitung vom 22.06.2002
01.04.2003	In Baden-Württemberg Der Bund Naturschutz verteilte Flugblätter – ab hier werden sie verstrahlt! Die Fleischerei Laux hatte sich einen Mobilfunksender „auf´s Dach“ setzen lassen. Nach der Flugblattaktion beschwerte sich der Inhaber über „das zu Unrecht auf den Pranger gestellt werden und über Rufmord“ – und die Mobilfunkfirma organisierte einen „Infoabend“ zu dem aber nur 2 Bürger erschienen - selbst die Initiatoren von Bund Naturschutz bleiben fern.	
16.12.2002	Neustetten Gemeinde will Schadensersatzklage wegen Mobilfunksender einleiten	Quelle elektrosmognews
26.06.2002	55218 Ingelheim erlaubt keine Mobilfunksender auf öffentlichen Gebäuden. Standorte nur noch außerhalb der Wohngebiete. Mehr als 1000 Unterschriften gegen	Quelle: elektrosmognews aus der

	<p>den Sender eingetroffen. Zitat des Mediziners Dr. Volker Reiners: Als Mediziner halte ich das ständige Aufhalten bzw. Wohnen in der Nähe von Mobilfunksendern bei der derzeitigen wissenschaftlichen Diskussion für nicht vertretbar und fordere wegen der möglichen Gesundheitsgefahren einen Abstand von mindestens 500 Metern zum Wohngebiet. Ich hoffe, dass unsere Kommunal Politiker ähnliche Einstellungen vertreten.</p>	Allgemeinen Zeitung
24.02.2003	<p>Das THW sprengte bei 53340 Ersdorf einen nicht mehr benötigten Sendemast des Bundes. Die Landwirte waren überzeugt, dass er Gewitter anzog und für die Hagelschäden verantwortlich war.</p>	Quelle Bonner General Anzeiger Lokales
10.10.2002	<p>Die Gemeinde 90542 Eckental zahlt 46.000 Euro an T-Mobile für den Ausstieg aus einen Mobilfunkvertrag. Nach dem Protest von 1200 Bürgern, wollte die Gemeinde den Vertrag über die Errichtung eines Funkmastens auf dem Dach der Eckenhaider Feuerwehr kündigen. Das Oberlandgericht Nürnberg regte einen Vergleich an. Ob diese Summe aber tatsächlich bezahlt wird, musste aber noch der Gemeinderat absegnen. (Wer weiß was daraus geworden ist?)</p>	Funkenflug aus Nürnberger nachrichten und Erlanger Nachrichten am 10.10.2002
18.12.2002	<p>Weilersbach Bevölkerung greift zur Selbsthilfe und baut spektakuläres Strahlenschutzgitter.</p>	Quelle elektromognews
30.05.2002	<p>317737 Rinteln Denkmal- und Brandschutz verhindern geplanten Mobilfunksender. Der Vertrag zwischen dem Kirchenrat St. Nikolai und Viag Interkom wurde bei einem Anwaltstermin in Hamburg in beiderseitigem Einvernehmen aufgehoben</p>	Quelle elektromognews aus Schaumburger Nachrichten
17.05.2002	<p>Tübingen Machtvolle Schülerdemo gegen Mobilfunksender</p>	elektromognews
11.06.2002	<p>18573 Dresden Umweltamt fordert Verbot von Handys an Schulen</p>	elektromognews aus Dresdner Neueste Nachrichten
30.06.2002	<p>63477 Maintal-Wachenbuchen Bürgerinitiative MwW fordert Warnhinweise auf allen Handys anzubringen</p>	elektromognews
2003	<p>Aber ein Einspruch bei einem Finanzamt wegen zu hohem Einheitswertbescheid für das Einfamilienhaus, welches durch einen Mobilfunkmasten im Wert gemindert wurde, wurde als unbegründet zurückgewiesen !</p>	
05.12.2002	<p>63486 Bruchköbel, Stadtteil Rosssdorf, Maintal /Hochstadt, Bischofsheimer Str. 2 – 4, Mobilfunksender von Vodafone D2 auf dem Dach einer Raiffeisenbank. Allein durch Kündigungsandrohung in 2001 konnte Ende 2002 die vorzeitige Auflösung des Mietvertrages</p>	www.bi-bindlach.de

	<p>zwischen der Volks- und Raiffeisenbank eG Langenselbold und der Fa. Vodafone erreicht werden. Nach der außerordentlichen Kündigung wird der Vertrag aufgrund einer außergerichtlichen Vereinbarung vom Dezember 2002 mit Wirkung zum 31.12.2005 vorzeitig beendet – ohne Räumungsrechtsstreit. Gegenüber ursprünglichen Vereinbarungen bedeutet dies weine Laufzeitverkürzung um 5 Jahre.</p>	
11.06.2001	<p>In einer Stadtverordnetenversammlung beschließt die Stadt 63477 Maintal, künftig keine neuen Verträge zur Errichtung von Mobilfunksendeanlagern in Wohn und Gewerbegebieten abzuschließen. bestehende Verträge werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt gekündigt. Der Magistrat soll die Möglichkeiten vorzeitiger Vertragskündigungen prüfen. Der Magistrat soll darauf hinwirken, dass auch Dritte die genannten Punkte durchsetzen (wie Private, Firmen, der Main-Kinzig-Kreis als Schulträger und andere</p>	
	<p>65931 Zeilsheim, Frankfurt a. Main Eine bestehende Anlage im Turm der katholischen Kirche St. Bartholomäus sollte Erweitert werden. Massiver Protest gegen die Kirchengemeinde. Es stellte sich heraus, dass vom bischöflichen Ordinariat Limburg ein Verbot für weitere Anlagen ausgesprochen war – dies war der Kirchengemeinde angebl. nicht bekannt. Es erfolgte ein Schreiben vom Bischöflichen Ordinariat an die Pfarrgemeinde, dass der Verwaltungsrat des Bistums keine Genehmigungen für Mobilfunkantennen mehr ausgibt.</p>	
1999/2000	<p>76307 Karlsbad Gemeinden Neuhäusel, Eitelborn und Montabaur. Lösung aus einem bestehenden Mietvertrag nach anwaltlicher Vertretung durch Ra. Krist (Kanzlei Ra. Freund), jedoch keine gerichtliche Entscheidung da die Betreiber freiwillig einlenkten.</p>	
	<p>84175 Gerzen Wurmsham Vermieter eines Grundstücks kündigte. Bisher kein Turm gebaut.</p>	
2003	<p>84183 Niedeviehbach/Niederbayern Gemeinde stellt sich gegen die Errichtung einer Mobilfunkanlage</p>	
21.01.2004	<p>97941 Distelhausen/Tauberbischofsheim Ortschaftsrat lehnt einstimmig Bauantrag von E-Plus ab, welche eine Sendeanlage auf das Wasserreservoir Am Käpple beantragte. Viele Bürger hatten sich vor dieser öffentlichen Sitzung über die Mobilfunkproblematik informiert. Durch die geplante Höhe des Senders (45 Meter) würde die Strahlung in der Umgebung im Umkreis von 400 Metern</p>	

	niedergehen.	
	84048 Mainburg Sparkasse kündigt Mietvertrag. Aktuelle Lage nicht bekannt.	
	61194 Dorheim, in der Wetterastr. ein T-Mobil Mast auf einem Hausdach. Dieser wurde im Sommer 2001 ohne Baugenehmigung errichtet. Protestaktion der Anwohner aus Sorge um die Gesundheit und Wertverlust der Häuser. 600 Bürger beteiligten sich an der Unterschriftenaktion. Der Ortsbeirat und das Stadtparlament forderten in Resolutionen die Verlegung des Standorts außerhalb des Wohngebiets. In einer neurologischen Arztpraxis wurde mit einem „Aushang“ die Bevölkerung sensibilisiert (bitte ihr Handy nicht ins Untersuchungszimmer mitnehmen -und – durch ein eingeschaltetes Handy können hochempfindliche Untersuchungsgeräte gestört werden. Schalten Sie deshalb bitte bereits im Wartezimmer Ihr Handy aus!) Wegen Beeinträchtigung des Ortsbildes verweigerten daraufhin Stadtbauamt und Magistrat die notwendige Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplans. Das Kreisbauamt verweigerte die im Jan. 2002 nachträglich gestellte Baugenehmigung der Telekom. Die Telekom klagte zunächst beim Verwaltungsgericht in Gießen – stellte dies jedoch später ein. Ausschlaggebend schien der Bildungsstand der Bevölkerung zu sein!	BI-David besiegt Goliath Telekom
15.01.2003	34497 Korbach Mobilfunk der Telekom/ DFMG Deutsche Funkturm GmbH im Kirchturm von St. Kilian. Die Kirchengemeinde verhandelte wegen vorzeitiger Beendigung des Mietvertrages. Ohne Rechtsstreit wurde die Laufzeit um 4 Jahre gekürzt. Sie endet nun nicht mehr erst am 31.12.2010 sondern schon am 31.12.2006. Nicht zuletzt konnte dies bewirkt werden, da nur eine Person aus dem Gesamtverband der evangelischen Kirchengemeinde Korbach den Mietvertrag unterschrieben hatte. Rechtlich hätten dies mindestens zwei Personen tun müssen. Dies hatte ein Rechtsanwalt bei einer vorhergehenden Beratung herausgefunden.	
	84137 Vilsbiburg, Sender durch Pächter abgewehrt. Der Vertrag für eine Antenne in Aham war bereits unterschrieben. Die Bank kündigte jedoch den Mietvertrag, da die Anwohner stark protestierten. Die Aufstellung des Mastens wurde unter Polizeieinsatz verhindert. Nun steht der Sender auf der Tennishalle.	
27.01.2004	76530 Baden-Baden/ Geroldsau	Quelle:

	<p>Erstaunlicher Erfolg der öffentlichen Fraktionssitzung B90/Die Grünen. Bürgermeister Dr. Rückert konnte in einen bereits abgeschlossenen E-Plus-Vertrag noch eine nachträgliche Klausel einbringen. Diese ist auch für künftige Verträge mit den Betreibern vorgesehen. Wortlaut wie z.B. im Vertrag der evang. Kirche in Steinbach:</p> <p>„E-Plus sichert zu, dass durch die geplante Installation der Mobilfunkstation auf dem Gebäude eine Gesundheitsgefährdung für die im Gebäude verweilenden Personen sowie Anwohner ausgeschlossen ist. Sollte es sich wider Erwarten nach neuesten Erkenntnissen, die als gesicherter Stand von Wissenschaft und Technik gelten, künftig ergeben, dass durch die installierten Antennen trotzdem eine Gesundheitsgefährdung für die Be-/Anwohner besteht, wird E-Plus alle erforderlichen Schritte ergreifen, um eine Gefährdung auszuschließen. Sollte ihr dies nicht gelingen, wird sie die Antennen demontieren. Aus der damit verbundenen Beendigung des Miet-/Pachtvertrags wird keine der beiden Parteien Rechte wegen Nichterfüllung herleiten.“</p>	<p>Hr. Günter Seifermann Ortschaftsrat B90/Die Grünen</p>
Juli 2003	<p>86169 Augsburg Hammerschmiede Wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu können, dass sich der Vorstand des SV Hammerschmiede nun gegen den Sendemast ausgesprochen hat. Wir danken den Verantwortlichen des SVH für diese Entscheidung, durch die der Verein nun auf mehrere tausend Euro jährlich verzichtet – zugunsten der Gesundheit der Anwohner und Mitglieder</p>	<p>Quelle esmog augsburg</p>
15.09.03	<p>Augsburger Sender „Radau“ abgebaut! Wir verdanken dies den Nachbarn, die teilweise schon unter erheblichen Gesundheitsstörungen gelitten haben, der „Interessengemeinschaft Radau“, einer Initiative, die esmog augsburg angegliedert ist. Die Initiative kämpfte drei Jahre aufopferungsvoll gegen den Betrieb der rechtswidrigen Sendeanlage in einem Wohngebiet. Bereits vor zwei Jahren war von der Regierung von Schwaben eine Beseitigungsanordnung veranlasst worden, deren Durchsetzung sowohl Vodafone als auch Verantwortliche der Stadt Augsburg lange Zeit verschleppt hatten. Die Initiative „Radau“ hatte bei der Regierung von Schwaben eine Aufsichtsbeschwerde gegen die Stadt Augsburg eingelegt, da diese mitten im Wohngebiet ein Dach an die Betreiber vermietet hätte (gewerbliche Nutzung!) Um nicht zugeben zu müssen, dass der Abbau der illegalen Sendeanlage gezwungenermaßen erfolgen musste und die Betreiber eine Niederlage erlitten haben, wurde in der Presse am 12.9.03</p>	<p>Quelle: esmog augsburg</p>

	<p>verbreitet, es handle sich lediglich um eine Verlegung des Standort – nämlich auf den städtischen Bauhof Göggingen. Dies ist definitiv falsch!!!</p> <p>Dieser Standort – einige hundert Meter vom Radauviertel entfernt – war schon längst geplant und wäre auch errichtet worden, wenn die Sender auf dem Wohnhaus geblieben wären.</p> <p>Durch diese Falschaussage in der öffentlichen Presse wurde den Bürgern suggeriert, es handle sich hier um das berühmte „Floriansprinzip“.</p> <p>Aus rechtlichen Gründen können wir gegen den Sender auf dem Bauhof nicht vorgehen, er wurde in einem Gewerbegebiet gebaut.....</p>	
25.01.2004	<p>66773 Schwalbacher klagen beim Landgericht Frankfurt gegen den Mobilfunk-Sender am Turm der Pankratiuskirche. Ra. Ronimi ist zuversichtlich wie noch nie und wird in seiner 70seitigen Klageschrift nicht nur auf die neueste Reflex Studie zurückgreifen, sondern auch auf die gerichtlich angeordneten Messungen in den Wohnungen der Betroffenen.</p> <p>Sprecher der Schwalbacher Initiative bemerkten zu den anstehenden Verfahren:</p> <p>man habe durch Gespräche, Protestbriefe und Demonstrationen versucht, die Inbetriebnahme der Sendeanlage zu verhindern. Alle bisherigen außergerichtlichen Bemühungen sind auf taube Ohren bei den Verantwortlichen gestoßen, daher unterstützt die Initiative nun ausdrücklich das gerichtliche Vorgehen. Auch weiterhin würde jedes rechtlich zulässige Mittel genutzt, um den Betrieb dieser oder auch anderer Sendeanlagen zu unterbinden.</p>	
21.07.2003	<p>Bindlach. In der Laifnecker Straße 4 sollte ein Mobilfunkmasten installiert werden. Die empörten Nachbarn wandten sich sofort an die Gemeinde und an das Landratsamt Bayreuth. Von Seiten der Gemeinde war über dieses Vorhaben nichts bekannt. nach Prüfung durch das Landratsamt wurde de Fa. New Tech Com untersagt, weitere Arbeiten am Objekt durchzuführen. Begründet wurde dies, da das Anwesen in einem allgemeinen Wohngebiet läge und die Errichtung einer Genehmigung bedurft hätte.</p> <p>Die Betreiber entschuldigten sich und gaben an, ihr Vorhaben zwar nicht dem Landratsamt, jedoch dem Amt für Umweltschutz bekannt gegeben zu haben.</p> <p>Inzwischen hatte sich eine Bürgerinitiative gebildet und über 850 Bürger sprachen sich gegen die geplante Anlage aus. Die Betreiber erhielten einen Ablehnungsbescheid vom Landratsamt (13.11.2003), gegen den sie Widerspruch einlegten.</p> <p>Am 08.01.04 meldeten sich die Betreiber bei der Bürgerinitiative und baten um eine Gesprächsrunde im</p>	

	<p>kleinen Kreis. Auf die Frage hin, warum dies nicht öffentlich stattfinden könnte, äußerten die Betreiber ihre Bedenken, dass da sowieso nur die Mobilfunkkritiker kommen würden und als Befürworter kämen sowieso nur 2-3 Personen zu solchen Veranstaltungen. Der Bindacher Bauausschuss sprach sich erneut einstimmig gegen Mobilfunkanlagen im Wohngebiet aus. So forderte T-Mobil in einem Schreiben die Gemeinde auf, binnen 8 Wochen Standorte für Sender zu benennen, ansonsten würde man mit ausgesuchten Grundstücksbesitzern Mietverträge abschließen.</p> <p>Bürgermeister Herrmann Hübner gab in einer öffentlichen Bauausschuss-Sitzung zu verstehen, dass die Gemeinde bei Standortsuchen eine Mitwirkungspflicht hätte und Standorte anbieten müsste. Allerdings habe die Gemeinde keine geeigneten Liegenschaften – selbst das Anwesen am Bahnhof scheidet aus, da das Haus zum Verkauf stehe und die Dt. Bahn AG mit deutlichen Verkaufspreis-Einbußen rechnet, wenn sich auf dem Dach ein Mobilfunksender befinden würde.</p> <p>Es bleibt weiterhin spannend in Bindach!</p>	
--	---	--